

SPD demokratischer pressediens

9/XXVII/165

29. August 1972

Absolutes Leistungsprinzip?

Notwendige Feststellungen zu einem aktuellen
Thema

Von Udo Fiebig MdB
Stellv. Mitglied des Bundestagsausschusses
für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Seite 1 und 2 / 50 Zeilen

Vergebliche Hoffnungen bei Strauß und Barzel

Die Unionsparteien finden keinen Koalitions-
Partner

Seite 3 / 46 Zeilen

Informieren, Aufklären, Unterrichten

Gedanken zur Elternbildungsarbeit - Ein
weites Feld für die Erziehungswissenschaft

Seite 4 bis 6 / 103 Zeilen

Sonderbeilage: "Selbstbestimmung und
----- Eingliederung"

Absolutes Leistungsprinzip?

Notwendige Feststellungen zu einem aktuellen Thema

Von Udo Fiebig MdB

Stellv. Mitglied des Bundestagsausschusses
für wirtschaftliche Zusammenarbeit

"So unglaublich es klingen mag, der Sozialismus ist in der Theorie menschlicher und dem Evangelium näher, so unglaublich es auch erscheinen mag, der Kapitalismus mit seinem hauptsächlichsten Streben nach Gewinn besitzt keine inneren Werte. Zwischen Kapital und Mensch entscheidet er sich für das Kapital; ohne vor Unterdrückungen zurückzuschrecken, bewegt er sich doch auf der Ebene der Wirtschaft und nicht der Moral". Dies hat nicht ein bedeutender Sozialist oder gar ein Sozialdemokrat formuliert, sondern diese Worte sind von dem brasilianischen Bischof, Dom Helder Camara, gesprochen worden. Ausdrücklich bezieht Camara seine Worte auf den westlichen, demokratisch geprägten Sozialismus und unterscheidet diesen scharf vom östlichen. Dieses Unterscheidungsvermögen ist bei der zur Zeit laufenden Kampagne gegen die SPD nicht zu finden.

Die CDU/CSU hat ihre Giftpfeile mit der Behauptung bestückt, die SPD weiche vom rechten Pfad der demokratischen und marktwirtschaftlichen Tugend ab und wolle auf kaltem Wege Staatssozialismus einführen. Der "Bayernkurier", dessen Herausgeber Franz Josef Strauß ist, verstieg sich sogar zu der Behauptung, in diesem Jahr fänden die letzten demokratischen Wahlen in der BRD statt, falls die sozialliberale Koalition im Dezember gewinnen sollte. Ähnlich scharfe Attacken gegen den Kapitalismus hat man von den christlichen Parteien noch nicht vernommen, geschweige denn eine auch noch so bescheidene Kritik. Aber das ist eben der Unterschied

zwischen dem brasilianischen Bischof und ihnen.

Die Sozialdemokraten haben niemals das Leistungsprinzip bestritten. Aber - und das ist das Entscheidende - wir haben gleichrangig neben das Leistungsprinzip das Sozialprinzip zu setzen versucht. Ohne gleich Kulturkritiker sein zu wollen, muß man feststellen, daß in unserer Gesellschaft das Leistungsprinzip absolut gesetzt worden ist: Wer diesem Prinzip nicht entsprechen kann, steht nicht nur am unteren Ende der Einkommensskala, sondern ihm wird auch obendrein noch die selbstverständliche menschliche Achtung versagt. Ein Versager zu sein - ob mit oder ohne eigene Schuld - ist das härteste Schicksal, das man in der BRD erleiden kann. Darum, so meinen wir Sozialdemokraten, muß das Leistungsprinzip durch das Sozialprinzip relativiert werden. Das ist unser demokratischer Sozialismus.

Wer dies erreichen will, wird auch eine "freie soziale Marktwirtschaft" immer wieder kritisch daraufhin überprüfen müssen, ob sie tatsächlich den Gehalt an Freiheit und sozialem Impetus aufweist, den sie haben muß, um den sozialen Rechtsstaat gemäß der Verfassung verwirklichen zu helfen. Wer aber sich dieser kritischen Überprüfung weint entziehen zu können, wird zum Ideologen der "freien Marktwirtschaft". Diese Ideologen aber sind in Wirklichkeit die Feinde der bestehenden Wirtschaftsordnung, nicht wir Sozialdemokraten, die wir sie weiter ausbauen wollen durch ständige kritische Überprüfung, um dem erwähnten Sozialprinzip stärker als bisher zur Geltung zu verhelfen.

(-/sab/29.8.1972/ks)

+ + +

Vergebliche Hoffnungen bei Strauß und Barzel

Die Unionsparteien finden keinen Koalitions-Partner

Es spricht nicht gerade von einem starken Selbstbewußtsein, wenn sich schon heute führende Politiker der Unionsparteien nach einem Partner am Tage nach der Wahl zum VII. Deutschen Bundestag umsehen. Sie setzen auf die Freien Demokraten, von denen sie hoffen, daß sie im Falle einer Pattsituation eine Partnerschaft mit der CDU/CSU eingehen werden. Das sind, wie man weiß, vergebliche Hoffnungen. Die führenden Persönlichkeiten der FDP haben allen derartigen Hoffnungen und Spekulationen eine klare Absage erteilt, obwohl ihnen als Wahlspende von gewisser industrieller Seite Millionenbeträge angeboten wurden, wenn die FDP das Lager wechseln würde. Ihre Entscheidung, an der Koalition mit den Sozialdemokraten auch in der siebenten Legislaturperiode festzuhalten, entspricht dem Gebot der politischen Vernunft und den Notwendigkeiten deutscher Politik - sowohl nach innen wie nach außen.

Die Unionsparteien haben sich derzeit in Folge ihrer Unbeweglichkeit selbst der Fähigkeit beraubt, auf Bundesebene ein Partner für andere demokratische Parteien zu sein. Nur von einer Seite wird ihnen Sympathie und Unterstützung zuteil - von der NPD; was von vielen Unionspolitikern ohne Protest und eisiger Ablehnung hingenommen wird. Ihre Politik der Negation und der Enthaltensamkeit in Lebensfragen unseres Volkes hat die CDU/CSU innenpolitisch in die Isolierung geführt. Als sie selbst noch Regierungspartei war, erwies sie sich als herrschsüchtig und intolerant; gerade die Freien Demokraten können davon ein trauriges Lied anstimmen.

Solche traurigen Erfahrungen blieben der FDP in der sozial-liberalen Koalition erspart. Zwischen beiden Partnern herrschte und herrscht der Geist gegenseitiger Offenheit, der Loyalität und der Fairneß. Sie hielten sich an die in der Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 aufgeschriebene Plattform. Das ist der deutschen Politik insgesamt gut bekommen. In der Fortsetzung dieses Bündnisses liegt die Gewähr dafür, daß für unser Volk schwere innere Erschütterungen ausbleiben werden und daß die Bundesrepublik Deutschland das Ansehen bewahren und vermehren kann, das sie heute in der Welt genießt.

Freie Demokraten und Sozialdemokraten haben noch lange eine gemeinsame Wegstrecke vor sich, und es ist gut, daß dies die Wähler wissen. Es gibt, wie Willy Brandt in seiner Schumacher-Gedenkrede es ausdrückte, zwischen modernen Sozialdemokraten und modernen Liberalen in ausreichender Zahl Berührungspunkte, um ein erfolgreiches Regierungsbündnis über mehr als eine Legislaturperiode zu schließen. Dabei wird es bleiben. Die Entscheidung, die der Wähler noch in diesem Jahr zu fällen haben wird, heißt, ob das Gespann Brandt/Schoel oder das Gespann Strauß/Barzel die nächste Bundesregierung zu stellen hat. Dazwischen gibt es keine Alternative.

(ac/ex/29.8.1972/ks)

Informieren, Aufklären, Unterrichten

Gedanken zur Elternbildungsarbeit - Ein weites
Feld für die Erziehungswissenschaft

Grundgesetz Art. 6, II lautet: "Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvorderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft". Die Erkenntnisse der Psychologie und der Soziologie unterstreichen die Bedeutung der familiären Erziehung für die Entwicklung der jungen Menschen und heben dabei besonders die frühkindliche Erziehung hervor. Die Folgen fehlender und falscher familiärer Erziehung sind durch eine reichhaltige pädopathologische Forschung bloßgestellt.

Aber gerade in der Gegenwart, in der der Erziehungsauftrag der Eltern erst richtig gewürdigt wird, fällt es den Eltern immer schwerer, ihrem Erziehungsauftrag nachzukommen. Keine gesicherte Tradition bindet die jungen Eltern. Die erzieherischen Gewohnheiten der letzten Generation erweisen sich als problematisch oder auch unbrauchbar. Die allgemeinsten Fragen der Erziehung finden in unserer Gesellschaft so verschiedene Antworten, daß die um die Erziehung ihrer Kinder bemühten Eltern noch unsicherer werden.

Wenn es praktikable Möglichkeiten gäbe, ohne Verlust für die Entwicklung der Kinder auf die Erziehung durch die Eltern zu verzichten, könnte man in Erwägung ziehen, ob man Eltern überhaupt noch mit Erziehungsaufgaben belasten soll. Aber weder unsere Rechtsauffassung noch die einschlägigen Wissenschaften lassen diese Möglichkeit zu. Wie in der Vergangenheit wird auch in der Zukunft die Leistung der Erziehung und die Verantwortung für die Erziehung ihrer Kinder in erster Linie Sache der Eltern sein.

Die Frage öffentlicher Verantwortung lautet also nicht "Wie läßt sich die Erziehung der Eltern ersetzen?", sondern sie lautet

"Wie kann es gelingen, die Eltern zu bewegen, ihrem Erziehungsauftrag unter den Bedingungen der Gegenwart zu entsprechen?" Den Eltern zu helfen, gute Eltern zu sein, ist eine der vornehmsten pädagogischen Aufgaben unserer Zeit. Standort und Verbreitung der Elternbildungsarbeit ist von größtem öffentlichen Interesse. "Vorbeugen ist besser als heilen". Hier ist der Ort, diese sozial- und erziehungspolitische Maxime zu verwirklichen.

Vieles, was früher selbstverständlich war und ohne weitere Überlegung von Generation zu Generation überliefert und übernommen wurde, muß heute von jedermann kritisch bedacht und gelernt werden. Dazu gehört auch die Kindererziehung. Auch das Erziehen von Kindern muß heute erst gelernt werden. Man mag es bedauern. Aber niemand darf sich darauf verlassen, daß ihm die Fähigkeit, Kinder erziehen zu können, zur rechten Zeit schon zufallen werde.

Vor noch nicht allzu langer Zeit war es allgemeine Meinung, daß nur die ungebildeten Eltern einer pädagogischen Hilfe bedürfen. Heute sehen wir das anders. Alle Eltern müssen lernen, Erzieher ihrer Kinder zu werden. Aber die Erfahrung zeigt, daß die Bereitschaft, lernen zu wollen, bei den gebildeten Eltern größer ist als bei den weniger gebildeten. Es ergeben sich dadurch zwei offene Fragen: 1/ Welches ist die beste Methode und Organisation, die bildungswilligen, an einer guten Erziehung ihrer Kinder interessierten Eltern zu lehren, wie sie ihre Kinder erziehen sollen? 2/ Wie kann es gelingen, den weniger einsichtigen und an der Erziehung ihrer Kinder nicht von vornherein interessierten Eltern eine reifere Einstellung zu ihren Kindern und zu ihrer pädagogischen Verantwortung zu vermitteln? Wie und wodurch sind sie erreichbar?

Zu 1/ Die Elternbildungsarbeit hat nicht das Glück, bei der Beantwortung dieser Frage auf wissenschaftlich gesicherte Erkenntnisse zurückgreifen zu können. Die Erziehungswissenschaft hat sich dieser Frage bisher kaum angenommen. Die Erwachsenen-

bildung ist ohnehin bis heute ein Stiefkind der deutschen Pädagogik geblieben. Ohne solche Hilfen blieb den Elternbildungsstätten nichts anderes übrig, als den sehr mühsamen und wenig ökonomischen Weg einzuschlagen, aus ihren Erfahrungen selbst zu lernen. Immerhin darf man den Elternbildungsstätten bescheinigen, daß sie im Laufe ihrer kurzen Geschichte die Arbeitsmethoden wesentlich verbessern konnten.

Zu 2/ Auch was diese Frage anbelangt, blieb die Elternbildungsarbeit ohne die Unterstützung der Wissenschaften. Dagegen steht in dieser Frage den Elternbildungsstätten die ganze Erfahrung der Jugendfürsorge zur Verfügung. Denn für die Jugendfürsorge ist es eine alltägliche Frage, wie es gelingt, unwillige, desinteressierte, unlustige und müde Eltern zu einer neuen Einsicht, zu einem besseren Verständnis und einer aktiveren Rolle zu gewinnen. Die Erfahrung, die die Jugendfürsorge mit Eltern aus randständigen Bevölkerungsschichten bisher machte, haben die Jugendämter wenig ermutigt, irgendwelche Hoffnungen auf Elternbildung zu setzen.

Es ist nicht nur erlaubt, sondern notwendig, auch die pädagogischen Institutionen nach ihren Leistungen zu fragen und zu prüfen, wie es um das Verhältnis zwischen den eingesetzten Mitteln und den erzielten Ergebnissen steht. Wäre ein Prüfungs- oder Meßverfahren gefunden, die Effektivität der Elternbildungsarbeit zu ermitteln, würde sich zeigen, wieviel eine methodisch einwandfrei arbeitende Elternbildungsstätte bei geeigneten Eltern (und das ist die überwiegende Mehrzahl) bewirken kann. Nach allem, was wir heute wissen, muß die sozialpädagogische Effizienz einer gut qualifizierten Elternbildungsarbeit als vergleichsweise hoch veranschlagt werden. Wie in allen sozialpädagogischen Einrichtungen ist der Bildungsstand der Mitarbeiter (Vorbildung, Ausbildung, Fortbildung) für Niveau und Effizienz der Elternbildungsarbeit von großer Bedeutung. Aber auch der gut gebildete Experte braucht großzügige Arbeitsbedingungen, wenn er seine Fähigkeiten voll ins Spiel bringen will.

Elternbildungsarbeit ist eine der großen positiven sozialpädagogischen Möglichkeiten, die wir haben, im Vorfeld der Jugendfürsorge jenen zu helfen, die eine solche Hilfe suchen. Alles spricht dafür, diese Chance zu nützen, wo und soweit sie sich uns als Möglichkeit sozialpädagogischer Aktion anbietet. Eine dynamische Gesellschaft ohne Elternbildung würde die Eltern und die Jugend im Stich lassen. Das aber kann sich keine Gesellschaft ohne Schaden leisten. Auch für die Eltern gesellschaftlicher Randgruppen könnten sich hier neue Hilfsmöglichkeiten ergeben, die unsere bisherigen Bemühungen übertreffen.

Dr. Wolfgang Bäuerle
(-/sab./29. August 1972/ks)